

Inhalt

Einleitung	7
1 Die Neugestaltung lokaler Gemeinschaften	15
2 Unterstützung für den Wiederaufbau politischer Gemeinschaften	35
3 Beiträge zur demokratischen Erneuerung	91
Schluss	99
Dank	105
Anmerkungen	106

Einleitung

Die Überzeugung, dass unsere Demokratien schwierige Zeiten erleben, ist in westlichen Gesellschaften weit verbreitet. Zahlreiche Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in die Demokratie als System schwindet. Insbesondere junge Menschen halten die Demokratie für eine schlechte Staatsform und eine autoritäre oder technokratische Regierung für eine bessere Alternative.¹ Gleichzeitig führen politische Entwicklungen zu tiefen Spaltungen innerhalb der Bevölkerung demokratischer Gesellschaften. Das Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich und Donald Trumps erfolgreicher Präsidentschaftswahlkampf, der die Sehnsucht nach einer verlorenen Vergangenheit, als Amerika »groß« war, beschworen hat, befeuerten xenophobe Aufrufe, »Fremde« auszugrenzen. Sie richteten sich an all jene, die selbst das Gefühl hatten, sozial abgehängt zu sein.

Die Erosion des Sozialstaats und die Verwerfungen des Wirtschaftssystems haben den Menschen vor Augen

geführt, dass sie nicht nur in kapitalistischen Marktwirtschaften leben, sondern auch in kapitalistischen Gesellschaften, in denen das Wirtschaftsgeschehen von sozialen Interaktionen entkoppelt ist. Diese Entkoppelung war Ziel der neoliberalen Reformen der vergangenen Jahre. Tatsächlich wurden sowohl die demokratische Politik wie auch eine Vielzahl von Aspekten des Alltagslebens der betriebswirtschaftlichen Logik von Unternehmen und Banken unterworfen. Die Behauptung während und nach der Finanzkrise von 2008, bestimmte Banken seien »too big to fail«, zu groß, um sie pleitegehen zu lassen, und müssten deshalb um jeden Preis gerettet werden, sowie die Feststellung, zu den rigorosen Bailout-Deals für Griechenland und einige andere Staaten der Eurozone gebe es »keine Alternative«, haben diese Demokratien schwer beschädigt. Denn demokratische Politik muss ihrem Wesen nach *immer* alternative Wege aus der Krise anbieten.

Auch soziale Medien und digitale Kommunikationstechnologien allgemein haben zur Erosion der demokratischen Kultur in den vergangenen zehn Jahren wesentlich beigetragen. Die Digitalisierung verschafft einerseits den Bürger:innen einen einfachen und umfassenden Zugang zu Informationen und gibt ihnen das Gefühl, dass ihre Ansichten und ihr Handeln zählen. Initiativen wie www.govtrack.us und [@YourRepsOnGuns](https://twitter.com/YourRepsOnGuns) in den Vereinigten Staaten, www.theyworkforyou.com im

Vereinigten Königreich und www.openaustralia.org.au in Australien haben die Transparenz der politischen Entscheidungsfindung wesentlich erhöht und Gleichgesinnten geholfen, Netzwerke aufzubauen und Unterstützung zu mobilisieren. Andererseits vergrößern die weitgehend anonymen sozialen Netzwerke des Web 2.0 – und das entpolitisierte (oder, wie in Talkshows, pseudopolitisierte) Fernsehen – die Distanz zwischen den Bürger:innen und der politischen Sphäre. Diese Form des Medienkonsums verhindert kollektives Lernen und sinnvolle Beratschlagung (Deliberation), weil es vorrangig darum geht, Gesinnungsgenossen zu finden und in »Echokammern« abweichende Meinungen niederzubügeln. Auf diesem Nährboden gedeiht der digitale Populismus.

Zusammenfassend bedeutet das, dass liberale Demokratien vor zwei großen, eng miteinander verflochtenen Herausforderungen stehen: einem zunehmenden Verlust ihrer Fähigkeit, Probleme zu lösen, und einer wachsenden Kluft zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung. Demokratische Systeme scheitern bei der Gestaltung einer besseren Zukunft (man denke nur an die Umweltpolitik) nicht nur oft an der Macht von Lobbyverbänden und Konzernen (wie beispielsweise der Autoindustrie oder der Öllobby); oft wissen ihre gewählten Mandatsträger auch nicht, welche Strategien die richtigen sind, oder befürchten, durch unpopuläre Maßnahmen ihre Wählerschaft zu verlieren. Politiker:innen

scheuen sich, Verantwortung zu übernehmen, weil sie unsicher sind, was die Menschen wollen oder zu akzeptieren bereit sind. Wer den Mut aufbringt, unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, riskiert Gegenreaktionen in der Art der Gelbwesten in Frankreich. Diese Protestbewegung gegen umweltpolitische Reformen entstand aus dem (berechtigten) Eindruck, Präsident Emmanuel Macrons Plan einer Steuererhöhung für fossile Brennstoffe lasse außer Acht, wie abhängig einkommensschwache Haushalte in ländlichen Regionen von bezahlbarem Dieselmotorkraftstoff sind. Schon bald gelang es rechtspopulistischen Politiker:innen wie Marine Le Pen, zumindest einen Teil der Empörung für ihre Zwecke zu kanalisieren.

Natürlich ist der Handlungsspielraum nationaler Regierungen durch die politische Globalisierung eingengt. Aber auch globale Vereinbarungen legen ihnen Beschränkungen auf, wie das Pariser Klimaabkommen, das zur Bekämpfung des gefährlichen Klimawandels die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten und eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes der globalen Wirtschaft vorsieht. Solche Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit müssen aber nicht nur auf globaler Ebene umgesetzt werden; Politiker:innen müssen auch auf nationaler und vor allem lokaler Ebene Perspektiven einer nachhaltigen Lebensweise entwickeln und realisieren.

Auf dieser lokalen Ebene muss demokratische Politik revitalisiert werden.

Viele Menschen sind überzeugt, dass unsere Systeme der repräsentativen Demokratie einer Reform bedürfen, die auch Veränderungen in der Struktur und Arbeitsweise politischer Parteien umfasst, die in diesen Systemen eine zentrale Rolle spielen; außerdem müsse die Macht des Geldes in diesen Systemen gebrochen werden. Andere plädieren für eine Reform der Öffentlichkeit. Diese ist heute wie nie zuvor in Echokammern zersplittert, die von den sozialen Medien geschaffen wurden und nicht miteinander kommunizieren. Es wird beispielsweise vorgeschlagen, öffentliche Plattformen als Alternative zu Facebook und anderen sozialen Medien einzuführen oder staatlich kontrollierte Plattformen zu schaffen, um der gezielten Verbreitung irreführender Information entgegenzusteuern.

Wir teilen die Auffassung, dass Veränderungen dieser Art notwendig sind, möchten diese Reformagenda aber gern ergänzen: Um verantwortungsvolles Regierungshandeln wiederherzustellen, müssen wir unserer Ansicht nach die Demokratie von unten her neu aufbauen. Nur wenn wir die Demokratie an der Basis stärken und neu beleben, gewinnen die Bürger:innen Klarheit darüber, welche Forderungen sie erheben wollen und welche Zukunft sie sich für ihre Kommune oder Region vorstellen. Nur dann können lokale Gemeinschaften den nötigen

Druck auf ihre Repräsentanten in den politischen Entscheidungsgremien ausüben, um mutigere Strategien voranzubringen.

In diesem Buch skizzieren wir zunächst die Herausforderungen, vor die sich die lokalen Gemeinschaften und ihre Mitglieder gestellt sehen. Der Niedergang der Demokratie ist eng an die Erosion lokaler Gemeinschaften und Kommunen gekoppelt. Von der Deindustrialisierung zerrüttete Regionen, wie die Appalachen und der Rust Belt in den Vereinigten Staaten oder die Lausitz in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen, werden oft zu Hochburgen eines fremdenfeindlichen Populismus.

Diese lokalen Gemeinschaften wiederaufzubauen, erfordert Formen des politischen Handelns, die neue solidarische Bindungen erschaffen und die Interessen und Ziele von Angehörigen der Gemeinschaft miteinander in Einklang bringen. Sie müssen auch kreative Kräfte freisetzen, um vielschichtige Probleme zu lösen und die kollektive Handlungsfähigkeit zu unterstützen. In Kapitel 2 betrachten wir zwei Formen solch politischen Handelns: erstens die Selbstorganisation auf kommunaler oder Stadtteilebene – auch, aber nicht nur, innerhalb der Grenzen kommunaler Verwaltung –, um einen Konsens über die Bedürfnisse und Ziele einer lokalen Gemeinschaft zu erreichen und deren Umsetzung zu fördern; und zweitens Formen der Bürgerbeteiligung, die von der Regierung initiiert werden, um gemeinsame Ziele mit

Bürger:innen zu definieren, die meist kein offizielles Amt und keine Funktion auf irgendeiner Regierungsebene haben. Wir stellen erfolgreiche Beispiele des Community Organizing und der Bürgerbeteiligung vor, um besser zu verstehen, wie die Demokratie von unten her wiederaufgebaut werden kann. In Kapitel 3 kehren wir zu den Mechanismen zurück, die zusammen mit der Neugestaltung lokaler politischer Gemeinschaften helfen können, die Demokratie als politisches System wieder aufzubauen und zu erneuern.